

**Legislaturbilanz 2014-2018 der FDP-Fraktion im Grossen Rat**



*Unsere Fraktion*

**Vorbemerkung**

Im Bericht möchte ich zunächst einige Gedanken zum Mehrheitswechsel in der Regierung seit Mitte 2016 äussern, um sodann beispielhaft auf einzelne Geschäfte zu sprechen kommen.

**Zum Mehrheitswechsel in der Regierung ab Mitte 2016**

Bis zu den Ersatzwahlen im April 2016 bzw. bis Ende Juni 2016 wurde der Kanton Bern während gut 10 Jahren von einer rot-grünen Mehrheit regiert. Seit Juli 2016 sind nun wieder die grössten Parteien ihrer Wählerstärke entsprechend in der Regierung vertreten. Die «Cohabitation bernoise» mit einer rot-grünen Regierung und einem bürgerlich dominierten Parlament ist somit seit nunmehr 1 / ½ Jahren Geschichte. Aus bürgerlicher Sicht war der Wechsel natürlich zu begrüessen. Zu oft hatten Kontroversen namentlich in der Gesundheitspolitik, der Energiepolitik und teilweise auch in der Finanzpolitik zu ineffizienten Reibungen oder zur Verzögerung von Geschäften geführt.

Wer nun allerdings der Meinung war, es würde mit dem Mehrheitswechsel alles auf den Kopf gestellt, dürfte sich getäuscht haben. Zum einen wirkte ja bisher schon die Tatsache, dass Regierungsgeschäfte – sofern sie vom Parlament zu genehmigen waren - im Grossen Rat jeweils korrigiert werden konnten, präventiv und disziplinierend auf die Regierung. Oder anders gesagt: Der Grosse Rat hatte in der Vergangenheit die Regierungsgeschäfte wenn nötig gewissermassen «eingemittet», weshalb der Mehrheitswechsel in der Regierung auch nicht ein Kurswechsel um 180 Grad bedeutete. Andererseits konnte auch die neue Mehrheit nicht vom ersten Tag an Akzente setzen, zumal sie noch mit Altlasten der vergangenen 10 Jahre zu kämpfen hatte bzw. hat. Insbesondere die angespannte Finanzlage des Kantons

Bern, welche durch eine zu wenig restriktive Ausgabenpolitik bewirkt worden ist, lässt sich nicht auf die Schnelle korrigieren. Immerhin ist die neue Mehrheit bemüht, endlich Handlungsspielraum für eine notwendige Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen und später auch der natürlichen Personen zu schaffen, wenn auch aus FDP-Sicht in zu bescheidenem Ausmass. Auch ist es dem neu zusammengesetzten Regierungsrat gelungen, in der führungsmässig verwaisten Gesundheits- und Fürsorgedirektion Ordnung zu schaffen und eine verlässlichere Partnerschaft für die Gesundheitsinstitutionen aufzubauen. Schliesslich ist die Zusammenarbeit der bürgerlichen Grossratsmehrheit mit «ihren» Regierungsräten offener geworden.

Letztlich bleibt noch anzufügen, dass weder die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat noch die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat ein gleichgeschalteter Block sind. Die Vielzahl von bürgerlichen Parteien erschwert nach wie vor zeitweise eine Mehrheitsfindung, weil eine Eigenprofilierung der jeweiligen Partei dann am besten gelingt, wenn man von der Mehrheitsmeinung abweicht. Die mediale Aufmerksamkeit ist halt demjenigen am meisten gewiss, der gegen den Mainstream schwimmt, selbst wenn er dabei vergisst, wer eigentlich seine Freunde sind.

Um Mehrheiten für bürgerliche Anliegen (auch für FDP-Anliegen) zu erreichen, waren jeweils Allianzen von FDP, SVP und BDP (und EDU) notwendig. Die so genannte Mitte wie EVP und GLP haben sich bisher meist als unzuverlässige Partner ausgezeichnet, indem sie oft mit links paktierten oder unkenntlich lavierten. Allerdings ist bei der GLP in der letzten Zeit wohl als Folge personeller Veränderungen eine gewisse Annäherung an die Bürgerlichen zu vermerken. Die Zukunft wird weisen, ob daraus eine verlässliche Partnerschaft wird.

Die bürgerliche Mehrheit „funktionierte“ in den wichtigen Fragen (Finanz-, Steuer-, Wirtschafts-, Bau- Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungspolitik) in der gesamten Legislatur im Grossen und Ganzen gut, auch wenn einige wichtige Abstimmungen zur Zitterpartie (z.B. betreffend Ansatz der Mehrwertabschöpfung bei Einzonungen) verkamen oder wie dargelegt Eigenprofilierungsübungen zum Opfer fielen.

Die FDP brachte dank dieser Allianz zahlreiche ihrer Anliegen – leider wie immer bloss im Sinne kleiner Schritte - durch. Die Bilanz fällt daher insgesamt positiv aus, wobei auch einige Niederlagen zu verzeichnen waren.

In der Folge seien einige Geschäfts beispielhaft aufgezeigt. Die Aufzählung ist eine Auswahl und **beschränkt sich auf solche Anliegen, die von der FDP eingebracht worden sind**. Selbstverständlich brauchte es bei vielen anderen (vorab bürgerlichen) Geschäften ebenfalls die Unterstützung der FDP, damit diese im Rat Erfolg hatten.

### **Geschäfte, bei denen FDP-Ideen Erfolg hatten (ein paar Beispiele):**

- Junisession 2014: FDP-Motion Standesinitiative zur Beförderlichen Behandlung der Engpassbeseitigung auf der A6 zwischen Bern-Wankdorf und Muri. Sie wurde mit 116 zu 23 Stimmen überwiesen.
- Septembersession 2014: FDP-Motion betr. ausländische Fahrende. Mit dem FDP-Vorstoss wurde die Kantonsregierung beauftragt, beim Bund vorstellig zu werden, um die Zuständigkeit für Schaffung, Betrieb und Finanzierung von Standplätzen für ausländische Fahrende grundsätzlich dem Bund zu zuweisen. Dem Regierungsrat, der die Motion zur Annahme empfahl, wurde damit der Rücken gestärkt. Im Rat war der Vorstoss kaum bestritten. Er stimmte mit 130 gegen 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.
- Januarsession 2015: Im Rahmen der Kulturpflegestrategie wurde eine von der FDP eingebrachte und der Bildungskommission etwas modifizierte Planungserklärung angenommen, wonach die Denkmalpflege beauftragt wird, innerhalb von 5 Jahren den Status von schutzwürdigen und erhaltenswerten Objekten und Gebäudegruppen im Inventar des Kantons und der Gemeinden (inkl. Stadt Bern) zu überprüfen, wobei die Anzahl der Gebäude nach der Überprüfung 6 Prozent des Gesamtgebäudebestandes nicht überschreiten soll. Diese Idee hat dann auch in der Revision des Baugesetzes Einzug gefunden (Januarsession 2016: 7%-Ziel innert 5 Jahren).

- Junisession 2015: Auf Antrag der FDP wurde im Steuergesetz 2016 der Abzug für Kinderdrittbetreuung von CHF 3'100 auf CHF 8'000 erhöht. Dies in der Hoffnung, einen Anreiz dafür zu schaffen, dass vor allem Frauen vermehrt in den Arbeitsprozess integriert werden können und damit das Problem des Fachkräftemangels etwas gelindert werden kann.
- Junisession 2015: FDP-Motion betreffend eine Gesundheitsstrategie. Schon bei der parlamentarischen Beratung der Regierungspolitik 2015 bis 2018 hatte der Grosse Rat mit einer Planungserklärung eine Gesundheitsstrategie verlangt. Mit der Motion doppelte die FDP nach und wurde vom Rat einstimmig unterstützt.
- Septembersession 2015: Mit 110 zu 36 Stimmen stimmte der Rat einer von der FDP initiierten Motion der bürgerlichen Fraktionspräsidenten betr. Stellensteuerung in der Kantonsverwaltung zu. Dadurch (das heisst mit deren Umsetzung im Rahmen der Revision des Personalgesetzes per 1.1.2016; vgl. Art. 7a neu) erhält der Grosse Rat die Möglichkeit, mehr Einblick in die Verwaltung zu gewinnen und via Produktegruppenbudgets auch steuernd einzugreifen. Der Regierungsrat muss dem Grossen Rat nun jährlich einen Stellenplan vorlegen, welcher im Sinne einer Übersicht alle unbefristeten Stellen in den Direktionen und der Staatskanzlei enthält. Nicht überwiesen wurde leider eine zweite Forderung der Motion, die Höchstzahl der unbefristeten Stellen dem Rat jährlich zur Genehmigung zu unterbreiten. Obwohl die Fraktionspräsidenten von BDP und GLP Mitmotionäre waren, unterstützten sie dieses Vorhaben nicht (mehr).
- Septembersession 2015: FDP-Motion für eine leistungsorientierte Schulbildung. Die FDP-Motion verlangte, „dass wieder ein verstärkt leistungsorientierter Schulunterricht an den kantonalbernerischen Volksschulen etabliert wird“. Mit 81 zu 67 Stimmen stellte sich der Rat hinter die Forderung der FDP.
- Septembersession 2015: FDP-Motion betreffend Anerkennung der Unteren Altstadt von Bern als Tourismusgebiet. In der touristisch geprägten Unteren Altstadt von Bern sollen die (Familien geführten) Läden künftig länger geöffnet bleiben. Mit 74 zu 65 Stimmen bei 7 Enthaltungen überwies der Grosse Rat einen entsprechenden FDP-Vorstoss. Unterstützende fanden sich bei SVP, BDP und GLP. Der Regierungsrat wird dem Parlament nun eine Gesetzesänderung vorlegen (nachdem er zunächst darauf verzichten wollte). Zu beachten ist, dass die Motion dem Gesetzgeber Varianten offenlässt. Die Motion verlangt nämlich nicht à tout prix eine Gleichstellung mit der Regelung betreffend Grindelwald, Interlaken etc. (die da hiesse, jeden Tag – natürlich fakultativ - bis 22:30 Uhr offen zu halten). Sie lässt es auch zu, für die Berner Innenstadt eine Sonderregelung zu treffen. Das Hauptanliegen der FDP war nämlich, dass die vielen Touristen am Sonntag nicht vor verschlossenen Türen der (Souvenir-)Läden stehen.
- Januarsession 2016: Der Grosse Rat setzte mit der Unterstützung einer überparteilichen Motion, welche von Peter Flück (FDP) angeführt wurde, ein Zeichen, damit die Interessen von Velo-, Mountainbike und Fussverkehr innerhalb des Fachbereichs Langsamverkehr gleichwertig vertreten werden.
- Januarsession 2016: Annahme einer FDP-Motion mit 85 zu 49 Stimmen, welche verlangte, die gastgewerbliche Einzelbewilligung für kleinere Veranstaltungen aufzuheben sei.
- Januarsession 2016: Im Rahmen der Revision des Baugesetzes ist es der FDP gelungen, gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien für eine Vorlage zu sorgen, die kein Referendum nach sich zog und nur die notwendigsten zusätzlichen Einschränkungen beinhaltete.
- Märzsession 2016: FDP-Finanzmotion betreffend notwendige Schritte zur Steuersenkung. Mit einer viel beachteten Motion verlangte die FDP 1. eine Senkung der Steueranlage um  $\frac{1}{2}$  Steuerzehntel, also um rund CHF 70 Mio. im Budget 2017 und dann 2. eine zusätzliche Senkung um einen  $\frac{1}{2}$  Steuerzehntel ab dem Budget 2018. Im Weiteren verlangte sie (3.), dass im AFP 2018-2020 die Umsetzung der Steuerstrategie berücksichtigt wird, was heisst, dass man den finanzpolitischen Handlungsspielraum mittelfristig vergrössern muss. Während im Punkt 1 nur FDP und SVP zustimmten, d.h. die Motion abgelehnt wurde, hatte die FDP in den Punkten 2 und 3 dank SVP, BDP und GLP Erfolg. Dies bedeutete nun, dass die Regierung im Aufgaben- und Finanzplan 2018-2020 eine Steuersenkung um

einen ½ Anlagezehntel sowie Handlungsspielraum (= Ueberschüsse) zwecks Umsetzung der Gewinnsteuersenkung im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III einplanen musste. Leider hat der Regierungsrat die Motion bis heute nicht umgesetzt und mit dem Geschäftsbericht abschreiben lassen.

- Junisession 2016: FDP-Motion betr. Kostenverursacher von unbewilligten Demonstrationen. Mit einer Motion verlangte die FDP-Fraktion, dass der Regierungsrat im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes eine Grundlage schafft, damit Veranstalter und Teilnehmern von unbewilligten Demonstrationen die Kosten des Polizeieinsatzes ganz oder teilweise überbürdet werden können. Dank der Unterstützung der bürgerlichen Parteien sowie Teilen der EVP und der GLP wurde der Vorstoss mit 89:47 Stimmen sehr deutlich überwiesen. Das nun in der Januarsession 2018 behandelte Polizeigesetz enthält die verlangten Bestimmungen.
- Septembersession 2016: Der Rat stimmte mit 82 zu 58 Stimmen einem Postulat Vogt (FDP) zu, mit welcher die eine Ueberprüfung der freie Halbtage an Gymnasien und Fachmittelschulen verlangte.
- Märzsession 2017: Motion betreffend Güterabwägung auch in der Archäologie. Der Grosse Rat stösst sich regelmässig an den sehr hohen Kosten, welche mit archäologischen Grabungen verbunden sind. Mit einer Motion unter der Federführung von Corinne Schmidhauser (FDP) wollten deshalb die Fraktionen von SVP, FDP und EDU und BDP das Denkmalpflegegesetz etwas abschwächen. Heute sieht dieses bei archäologischen Funden im Rahmen eines Bau- oder Abbauprojektes nur zwei Möglichkeiten vor, nämlich auf das Vorhaben zu verzichten und die Funde im Boden zu belassen oder eine Rettungsgrabung vorzunehmen. Es fehlt eine Realisierung des Projekts mit einem Verzicht auf jegliche archäologische Massnahmen. Deshalb wollten die Motionäre eine Güterabwägung zwischen Archäologie und öffentlichen oder privaten Interessen im Gesetz verankern, das heisst trotz archäologischen Funden soll ein Projekt künftig bewilligungsfähig sein, auch wenn keine Rettungsgrabung vorgenommen wird. Die Regierung legte dar, dass das Anliegen mit der heutigen Praxis erfüllt sei, weshalb der Vorstoss überwiesen und dann gerade abgeschrieben wurde.
- Märzsession 2017: FDP-Motion für ein Programm ESP-Wohnen. Mit einer Motion verlangte die FDP, ein «Programm ESP Wohnen» zu starten, mit welchem Gemeinden, die aktiv Innenentwicklungsprojekte anpacken, unterstützt werden können. Dabei ging es nicht um einen neuen Wettbewerb ESP Wohnen und auch nicht um einen neuen Kredit, sondern um eine neue Schwergewichtsbildung und die Mitfinanzierung von Grundlagen und Planungen der Gemeinden im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorgaben (Planungsfinanzierungsverordnung) sowie des kommenden Rahmenkredites 2020-2023. Die FDP war überzeugt, dass die Herausforderungen der Gemeinden bei der Siedlungsentwicklung gegen Innen sehr gross sind, weshalb es nur mit entsprechendem Know-how und entsprechenden finanziellen Ressourcen möglich sei, die vielen Widerstände zu überwinden. Der Regierungsrat teilte zwar grundsätzlich diese Auffassung, befürchtete jedoch personelle und finanzielle Mehrbelastungen. Das Kantonsparlament war aber anderer Meinung und überwies den Vorstoss deutlich.
- Märzsession 2017: Im Rahmen des Dekretes zur Neubewertung der Liegenschaften wurde ein von der FDP initiiertes Antrag gutgeheissen, wonach ein Medianwert von 70% anzustreben ist. Die Mehrbelastung der Hauseigentümer durch die Neubewertung beträgt zwar auch so noch 115 Millionen Franken aber immerhin gegenüber dem Regierungsvorschlag (Median: 77%) 54 Millionen Franken weniger. Der Grossratsbeschluss wurde übrigens unverständlicherweise einzig von der Stadt Bern und einer wahrscheinlich montierten Privatperson angefochten.
- Junisession 2017: FDP-Motion betr. elektronische Aufschaltung von Amtsblatt des Kantons Bern und Feuille officielle du Jura bernois. Mit einer Motion verlangte die FDP, dass dem Zeitgeist entsprechend künftig auf Papier verzichtet und das Amtsblatt im Internet aufgeschaltet werden soll. Der Regierungsrat wollte den Vorstoss nur als Postulat zur Prüfung entgegennehmen. Er wurde aber dann mit 112:0 Stimmen als verbindliche Motion überwiesen.

**Selbstverständlich gab es auch Misserfolge (ein paar Beispiele):**

- Junisession 2015: Die FDP stellte den Antrag, die Gewinnsteuern für Firmen leicht zu senken (Senkung der heutigen dritten Tarifstufe von 4.60% auf 4.10%). Dies um zu verhindern, dass der Kanton Bern im interkantonalen Vergleich erneut absackt bzw. sich per 2017 auf Rang 17 platzieren könnte gegenüber einem Rang 23 bei Untätigkeit. Der Antrag wurde abgelehnt und Rang 23 ist heute Tatsache. Nun muss mit dem Steuergesetz 2019 korrigiert werden.
- Novembersession 2017: Der Antrag der FDP auf eine minimale Senkung des Einkommenssteuertarifs wurde im Rahmen der Revision des Steuergesetzes 2019 abgelehnt. Nun bleibt die Spitzenbelastung im Kanton Bern bis auf Weiteres bestehen.
- Novembersession 2017: Der Kompromissantrag der FDP zum BKW Beteiligungsgesetz, wonach für die Reduktion der Beteiligung unter 50% vorgängig eine Ermächtigung mittels Grossratsbeschluss hätte eingeholt werden müssen, wurde abgelehnt. Nun bleibt der Kanton Bern zwingend Mehrheitsaktionär mit dem gesamten Risiko.

Adrian Haas, Fraktionspräsident / 27.01.2018

